

Berlin, den 8. Februar 2016

Energiewende um jeden Preis?

Eine energiepolitische Übersicht von Dieter Bischoff, stellvertretender Bundesvorsitzender der MIT und Fachsprecher Energie

Auch wenn die Energiewende in der veröffentlichten Meinung, also in den Medien, kaum noch vorkommt, soll das niemand verleiten zu meinen, die Probleme seien gelöst. Sie fangen jetzt erst richtig an. Die Energiefrage ist mindestens so brennend, wie all die anderen Probleme, von denen wir täglich lesen und hören.

Als ich voriges Jahr im Belgischen Parlament etwas über die deutsche Energiewende in englischer Sprache vortragen sollte, habe ich mich spontan gefragt:

- *What the hell is the English word for "Energiewende"?*

Nach einiger Recherche kam ich darauf, dass die Angloamerikaner auf dem besten Wege sind, das deutsche Wort Energiewende in ihren Sprachschatz aufzunehmen. Nach Kindergarten, Waldsterben, German Angst und German Gemuetlichkeit beglücken wir Deutschen als nächstes die Welt mit der Energiewende! Das *Wort* Energiewende hat es jedenfalls schon mal geschafft.

Um jedem Missverständnis vorzubeugen:

- **Wir akzeptieren den Ausstieg aus der Kernenergie.**
- **Wir forcieren den verstärkten Einsatz der Erneuerbaren Energien.**
- **Ja, wir wollen die Energiewende - aber nur mit den Mitteln der Marktwirtschaft. Planwirtschaft lehnen wir ab.**

Das haben wir 40 Jahre in einem Teil Deutschlands erlebt. Den Ausgang kennt jeder.

Wir, die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), sind in weit über 80 Prozent aller Fragen der Energiepolitik mit der CDU einig. In den restlichen Fragen sind wir auch nicht konträr zur CDU, sondern befinden uns auf der Grundlage bestehender Beschlüsse von Parteitag und Fraktionsausschüssen. Die MIT ist nur im Denken unseren Parteifreunden manchmal voraus. Wir sind hier wie Zwerge auf den Schultern von Riesen – und nur deswegen schauen wir weiter als sie.

Noch eine kleine Vorbemerkung vorweg, die unseren politischen Gegner (be)trifft. „*Raus aus der Kohle, weg vom Öl und Atomkraft – nein danke!*“ Und alles möglichst gleichzeitig und sofort– das geht nicht! Das können nur „Geisterfahrer“ fordern. Interessant ist, dass unser politischer Gegner uns als die Geisterfahrer bezeichnet. Das erinnert an den Autofahrer, der in den Verkehrsmeldungen hört, dass auf der A 45 **ein** Geisterfahrer entgegenkomme und der entsetzt ausruft: „*Einer? Hunderte!*“

Das Schlachtfeld Energiewende

Die Energiepolitik, „*das ist ein weites Feld*“ hätte Theodor Fontane gesagt, wenn er heute noch leben würde. Caesar („*De bello Gallico*“) hätte das Terrain wahrscheinlich übersichtlich geordnet und wäre Fontane mit den Worten entgegengetreten: „*Die Energiewende* (er hätte natürlich den original germanischen Begriff verwendet) *omnis est divisa in partes tres.*“ Er hätte also das Schlachtfeld in 3 Teile geteilt. Wer es nicht so martialisch liebt, der mag von einem Dreisäulenmodell sprechen.

- Die erste Säule ist der **Strommarkt**,
- gefolgt vom **Wärmemarkt** und dann bleibt noch die Frage der
- **Mobilität.**

Innerhalb dieser drei Bereiche spielen sich die Energiepolitik und damit auch die Energiewende ab.

Kommen wir zunächst zum Strommarkt. Hier stehen wir vor drei großen Herausforderungen:

- Bezahlbarkeit,
- Versorgungssicherheit und
- Technologieoffenheit

Bezahlbarkeit – wir müssen die Energiewende bezahlbar machen

Die nachfolgende These mag auf den ersten Blick verblüffen: Wir haben zurzeit in Deutschland die niedrigsten Strompreise, die es je gab. Ja, das stimmt - aber nur an der Börse! Gleichzeitig haben wir die höchsten Strompreise, die Verbraucher (gewerbliche und private) jemals in Deutschland zu zahlen hatten.

Das liegt in erster Linie am Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), dann an den vielen Steuern und Umlagen, die auf den Strompreis drauf kommen, und nicht zuletzt an den ständig steigenden Netzentgelten. Das EEG garantiert den Produzenten von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien auf 20 Jahre eine feste Vergütung und gibt ihnen obendrein noch das Recht, ihre Energie vor allen anderen Energien ins Netz einzuspeisen. Das nennt man Einspeisevorrang. Unabhängig davon, ob der Strom gerade gebraucht wird oder nicht und völlig unabhängig vom Marktpreis und der Verfügbarkeit der anderen Energien kommen die Erneuerbaren zuerst dran.

Meine Damen und Herren, liebe Leidgenossen,

das ist Planwirtschaft pur. Und das kann nicht funktionieren – wie wir in den letzten 15 Jahren immer wieder bemerkt haben. Es führte dazu, dass ganz viele Leute ganz viele Windräder bauten und ganze Felder mit Photovoltaik bepflasterten. Kaum einer scherte sich darum, ob an der betreffenden Stelle Bedarf bestand oder ob der Strom überhaupt an den Mann (oder die Frau) gebracht werden konnte. Hauptsache, es wird produziert und die Einspeisevergütung, die mit einer Umlage auf der Rechnung der Stromkunden eingetrieben wird, wird pünktlich an die Produzenten bezahlt. Produce and forget – herrlich! Ein Schlaraffenland für die, die es machten. Ganz viele Landwirte hatten ihre helle Freude daran, ihr Land für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen und auf diese Weise einen weiteren Ernteertrag einzufahren. Und die Strompreise stiegen und stiegen und hören bis heute nicht auf zu steigen!

Aber der Reihe nach: Wie hat alles angefangen? In Aachen – und darauf bin ich nicht so stolz wie all die anderen Dinge, die aus meiner Heimatstadt kommen - wurde 1993 ein Ratsbeschluss gefasst, wonach ein Modell zur Vergütung von Solarstrom geschaffen wurde. Dieses „Aachener Modell“ haben anschließend mehrere Städte übernommen (Bonn, Freiburg und München), ehe im Jahr 2000 am 29. März auf Bundesebene das EEG verabschiedet wurde. 2001 fing die Einspeisevergütung mit 0,19 Cent/kWh EEG Umlage an, zwischendurch (im Juni

2011 – das war kurz nach Fukushima) sagte unsere Kanzlerin mal, über 3,5 Cent/kWh dürften wir nicht kommen. Dann drehten sich diese Zahlen in 2013 auf fast 5,3 Cent/kWh um. Zurzeit zahlen wir 6,345 Cent/kWh; das sind 25,7 Milliarden Euro, die jeder Stromkunde anteilig mit seiner Stromrechnung bezahlt. Im vorigen Jahr waren es noch 24,1 Milliarden Euro, die wir an die Betreiber von Wind-, Photovoltaik- und Biogasanlagen gezahlt haben. Am 15. Oktober bekommen wir jedes Jahr wieder eine neue Zahl. Und ich wette zwei Bier darauf, sie wird in diesem Jahr nicht niedriger sein als im vorigen Jahr.

Wir von der MIT fordern hier einen Deckel:

- **Mehr als 25 Milliarden Euro im Jahr darf uns die EEG-Umlage nicht kosten. Sonst können wir unseren Lebensstandard nicht beibehalten und unsere Betriebe sind international nicht mehr wettbewerbsfähig.**

Man kann jetzt hingehen und die Einspeisevergütung herabsetzen. Das geht aber nur bei neuen Anlagen. Die alten haben Bestandsschutz und das Bundesverfassungsgericht würde entsprechende Änderungsgesetze sofort mit dem Hinweis auf das Rückwirkungsverbot aufheben. Wir haben hier also nur sehr beschränkte Reformmöglichkeiten.

Nun ist die EEG Umlage nicht das einzige, was den Strom so teuer macht. Durch den Einspeisevorrang, ein Instrument der Planwirtschaft von allererster Güte, mussten wir weitere Umlagen beschließen, die in der planwirtschaftlichen Logik absolut erforderlich waren, um das System am Laufen zu halten. *Denn es ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend Böses muss gebären.*

- So zahlen wir zum Beispiel eine Umlage dafür, dass die stromintensiven Betriebe bezüglich der Netzentgelte entlastet werden; sie wären sonst international nicht wettbewerbsfähig.
- Eine weitere Umlage dient als Schadensersatz dafür, dass es uns nicht gelingt, einige Offshore Windparks ans Netz anzuschließen, wobei wir die Betreiber aber trotzdem dafür entschädigen müssen, dass sie ja eigentlich Strom produzieren *könnten*.

- Die Umlage für abschaltbare Lasten haben wir zwar abgeschafft, dafür haben wir aber die KWK Umlage (die Förderung für Kraft-Wärme-Kopplung) fast verdoppelt.

Und alles finanzieren wir mit einer Umlage! Ich frage mich: *Wen oder was legen wir als nächstes um?* Es ist wirklich der „Fluch der bösen Tat“: Wenn man einmal mit Planwirtschaft anfängt, stopft man ein Loch und reißt damit zwei neue auf. Dann stopft man die und reißt vier neue Löcher auf. Am Ende verwaltet nur noch den Mangel.

Doch wir sind noch nicht am Ende unserer Stromrechnung. Jetzt kommen noch die Netzentgelte, die Steuern und die Abgaben dazu. Was da an erhöhtem Netzentgelt auf uns zukommt, ist in der veröffentlichten Meinung fast völlig untergegangen. Die Presse genügt allenfalls ihrer Chronistenpflicht, an kritische Kommentare kann ich mich nicht erinnern. Da die Erneuerbaren Energien die Netzstabilität nicht gewährleisten können, müssen wir Reservekraftwerke herkömmlicher Art vorhalten. 1,6 Milliarden Euro hat Wirtschaftsminister Gabriel mit den Kraftwerksbetreibern ausgehandelt, nur damit diese im Ernstfall einspringen können.

Das zahlen wir alles in Zukunft mit erhöhten Netzentgelten über unsere private Stromrechnung. Über zusätzliche Kosten für Erdverkabelung in Höhe von 12 Milliarden Euro will ich heute noch gar nicht reden. Die haben wir Herrn Seehofer zu verdanken. Damals war das Wort „Obergrenze“ wohl noch nicht so im Sprachgebrauch wie heute.

Insgesamt sind mehr als 50 Prozent des Strompreises Umlagen, Steuern und Abgaben. Der EU Durchschnitt liegt bei 35 Prozent. Da müssen wir schleunigst hin, wenn wir weiter wettbewerbsfähig bleiben wollen.

Wie schaffen wir das? **Der MIT – Vorschlag lautet:**

- **Stromsteuern senken oder die Mehrwertsteuer abschaffen, zumindest die Mehrwertsteuer auf Steuern und Abgaben.**

Steuern auf das Produkt Strom sind ja in Ordnung, aber Steuern auf Steuern sind systemwidrig und damit verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht

ist zwar anderer Meinung; die Begründung jedoch, dass wir Steuern auf Steuern auch bei Alkohol, Benzin oder Tabak haben, überzeugt nur bedingt. Denn dass wir den Systemfehler auch bei anderen Produkten machen, macht die Sache nicht verfassungskonform.

Übrigens, der Bundesfinanzminister wird gegen eine neue Umlage keine Einwände erheben. Denn auch auf weitere Umlagen kommt die Mehrwertsteuer automatisch oben drauf. Das ist eine Steuererhöhung, die noch nicht einmal durch den Bundestag muss. Eine selbstdruckende Geldmaschine. Waren wir nicht einmal mit dem Ziel angetreten: Keine Steuererhöhungen in dieser Legislaturperiode? Unter anderem wegen dieser Zusage haben unser MIT Bundesvorsitzender Carsten Linnemann und ich nicht gegen den Koalitionsvertrag gestimmt.

Versorgungssicherheit (hier nur im Sinne von Netzstabilität – die strittige Frage der Importabhängigkeit von politisch unsicheren Ländern lassen wir hier mal weg)

Um die Netze stabil zu halten, brauchen wir viel Herz - 50,2 Hertz ganz genau. Die Erneuerbaren helfen uns nicht dabei. Sie sind volatil, das heißt sie sind nicht grundlastfähig und nur bedingt speicherbar. Die Sonne scheint eben nicht immer und der Wind weht auch nicht pausenlos Tag und Nacht. Um die Erneuerbaren Energien in den Strommarkt zu integrieren, brauchen wir zwei Dinge: Netze und Speicher. Das ist unter allen Beteiligten völlig unstrittig.

- **Netze:**

Der Strom muss von dort, wo er produziert wird, nach dort gebracht werden, wo wir ihn brauchen. Grob gesagt, Windstrom von Norden nach Süden, Solarstrom von Süden nach Norden. Das geht nur über Leitungen. Strom kann man nicht über Radiowellen transportieren. Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) scheint hier die Lösung unserer Probleme zu sein. Durch HGÜ können wir größere Mengen Strom verhältnismäßig verlustfrei (weniger als 2 Prozent Verlust) über große Strecken transportieren. Einigermaßen amüsiert las ich neulich den Leserbrief eines politischen „Geisterfahrers“, der HGÜ wohl mit Radiowellen verwechselte, und meinte, jetzt seien wir doch alle Transportprobleme los.

Das Gegenteil ist der Fall. Im Jahr 2009 wurde das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG 2009) erlassen. Dort ist festgelegt, dass wir ganz

dringend und so schnell wie möglich 1872 km neue Höchstspannungs- bzw. Hochspannungsnetze brauchen. Bisher, 6 Jahre später, haben wir nicht einmal ein Drittel davon realisiert. 3.500 Eingriffe waren 2014 erforderlich, um das Netz stabil zu halten. Die Kosten dafür werden auf 500 Millionen Euro geschätzt. Im Januar 2016 bekamen wir die Zahl für 2015 vom Tennet Geschäftsführer. Wir haben die Milliardengrenze geknackt. Mehr als eine Milliarde Euro mussten im Jahr 2015 aufgewendet werden, um einen Blackout zu verhindern. Stellen Sie sich einen Blackout nicht so lustig vor, selbst wenn man 9 Monate später schmunzelnd zur Kenntnis nimmt, dass die Geburtenzahlen signifikant gestiegen sind. Ein Blackout wäre der Super-GAU.

Wieso sind wir mit dem Netzausbau noch nicht weiter gekommen?

Hier stoßen wir auf zwei ganz eigentümliche Gruppen in der Bevölkerung, die Protest einlegen: die **Nimbys** und die **Bananas** - und sie leben mitten unter uns. Es sind nämlich meistens die „Geisterfahrer“, die zwar aus ideologischen Gründen feurige Anhänger der Energiewende sind, aber wenn die Bulldozer in ihrer Nachbarschaft anrollen, um Vorbereitungsarbeiten für neue Kabel zu verrichten, empört ausrufen: „Aber nicht **vor** meiner Haustür“! (**Not in my back yard** – wieso im deutschen Sprachgebrauch „vor“ und im Englischen „back“ verwendet wird, muss sprachwissenschaftlich noch erforscht werden).

Noch kriegerischer ist der Volksstamm der „**Bananas**“: **Build absolutely nothing anywhere near anyone!** Allein 16.000 Einsprüche lagen wegen der Verlegung der Stromtrasse durch Niedersachsen und Thüringen vor, und die wollen in unserem Rechtsstaat erst mal bewältigt werden. Eine Verbesserung der Situation ist nur durch eine frühzeitige Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung in die Planungen zu erreichen.

Damit sind wir aber immer noch nicht am Ende unserer Geschichte. Wir brauchen weitere 3.600 km Wechselstromleitungen und darüber hinaus weitere Verteilnetze vor Ort: laut BDEW noch mal 197.000 km. Es ist übrigens ein Trugschluss, wenn vermeintlich besonders Kluge meinen, wir könnten dieses Problem mit dezentraler Versorgung lösen. Immer wieder lesen wir von einzelnen Dörfern oder Wohngegenden, dass sie jetzt in der Lage seien, sich autark zu versorgen. Die Anstrengungen sind aller Ehren wert. Nur – Netze brauchen die vermeintlich Autarken auch. Sie wollen auch an windarmen Abenden Fernsehen und – viel wichtiger – ihren nicht selbst benötigten Strom in die Netze einspeisen, um damit Geld zu verdienen.

Also – hier ist noch viel zu tun. Die Problematik, dass wir den mit HGÜ transportierten Strom von Gleichstrom auf Wechselstrom umstellen müssen und dafür Umspannwerke auf 30.000 Quadratmeter großen Grundstücken in zehnstöckiger Höhe brauchen, machen die Probleme auch nicht kleiner.

Die Thematik „Intelligente Netze“ und „intelligente Messgeräte“ (smart metering und smart grids) soll einem gesonderten Beitrag vorbehalten bleiben. Zu diesem Thema empfehle ich gerne das Buch „**Smart Meter Rollout**“, zu dem ich ein Vorwort schreiben durfte.

- **Speicher:**

Wir müssen dringend dafür sorgen, dass die überschüssigen Erneuerbaren Energien gespeichert werden können und abrufbar sind, wenn wir sie brauchen. Installierte Energie haben wir mehr als genug, aber eben nicht genügend verfügbare Energie, jedenfalls nicht rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr. Deswegen auch Vorsicht, wenn wieder einmal Lobeshymnen auf einen neuen Windpark gesungen werden, weil er angeblich drei Atomkraftwerke und 5 Braunkohlenmeiler gleichzeitig ersetzt.

Nun wird zwar an verschiedenen Speichersystemen gearbeitet. Es hat sich aber noch keines als wirtschaftlich erwiesen. Am tragfähigsten und zukunftssträchtesten scheint noch die Methode „Power to gas“ zu sein. Hierbei wird überschüssiger Strom aus Erneuerbaren durch einen zweimaligen Syntheseprozess unter Hinzufügung von CO₂ in CH₄, also in Methan verwandelt, das wie Erdgas verwendet werden kann. Dieses Erdgas können wir dann in die vorhandenen Erdgasnetze speisen, die als hervorragende Pufferspeicher dienen.

Wir, die Kommission Energie unserer MIT, haben uns ein solches von AUDI betriebenes System in Werlte – das liegt hinter NRW im Emsland- angeschaut. Das System funktioniert – nur, das kann außer AUDI noch keiner bezahlen. Und Audi, so habe ich neulich gelesen, verliert langsam auch die Lust weiterzumachen.

Wir müssen ernüchert feststellen, dass es kein Geschäftsmodell für Speicher gibt, das wirtschaftlich tragfähig wäre. **Niemand hat die Absicht, einen Speicher zu bauen.** Als ich das der Kanzlerin sagte, hat sie gelächelt. Selbst wenn man den überflüssigen Strom zum Nulltarif einkaufen könnte, also geschenkt bekäme, um ihn dann, wenn er gebraucht wird, zum Marktpreis

wieder zu verkaufen, würde sich die Sache nicht rechnen. Die Marge zwischen Null und dem Marktpreis reicht nicht aus, um ein Speichersystem zu entwickeln, zu bauen, zu betreiben und zu unterhalten – ganz zu schweigen von einem kleinen Gewinn, den man ja schließlich auch noch machen möchte, wenn man Millionen investiert.

- **Die Forderung der MIT lautet an dieser Stelle, die Speicherbetreiber in einem ersten Schritt wenigstens von der EEG Umlage und den anderen Umlagen zu befreien.**

Es ist doch ein Unding, dass sie bisher vom Gesetzgeber wie ganz normale Stromkunden, also wie Endverbraucher, behandelt werden. Das ist systemisch absolut falsch, denn sie sind ihrer Funktion nach eher einem Produzenten von Strom gleichzustellen.

An dieser Stelle müssen wir auch die Erneuerbaren mit in die Verantwortung nehmen. Wir haben ihnen das Privileg des Einspeisevorranges eingeräumt. Jetzt können sie sich mal revanchieren. Wer Energie am Markt anbietet, muss sich verpflichten, den Kunden jederzeit sicher versorgen zu können. Nicht wir, die Stromkunden, sind dazu da, die Erneuerbaren zu versorgen; vielmehr sind die Erneuerbaren dazu da, uns zu versorgen, und zwar 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, 365 Tage im Jahr.

- **„Sofern sie dies auf Grund fehlender Speicher noch nicht leisten können, müssen sie auch andere Lösungen wie etwa das Abschließen langfristiger Lieferverträge mit herkömmlichen Energieträgern oder durch den Bezug auf dem Spotmarkt einbeziehen.“**

So ist es wörtlich auf dem Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe auf Antrag der MIT beschlossen worden.

Ich fürchte, dieser Beschluss ist im Trubel der anderen Diskussionen bisher untergegangen und noch nicht in das Bewusstsein der Beteiligten gedrungen. Ich bin mal ganz gespannt, wie die Reaktionen ausfallen, wenn wir die Umsetzung dieses Beschlusses im Rahmen der jetzt bevorstehenden

Diskussionen um das neue Strommarktgesetz einfordern. Da stehen uns noch spannende Zeiten bevor.

Es ist noch daran zu denken, den Wärmemarkt und den Mobilitätsmarkt als „Speicher“ – oder besser gesagt als Abnehmer - für die überschüssige Energie zu nutzen. Die Gewerkschaft IG BCE nennt das „**Sektorkoppelung**“. Wenn mir auch das Wort nicht gefällt, was da inhaltlich von der Gewerkschaft IG BCE kommt, ist sehr vernünftig. Überhaupt, in der Energiepolitik findet man plötzlich ganz neue Freunde an Stellen, wo man früher nie welche vermutet hätte.

Ich nenne das „**säulenübergreifend**“ handeln. Das ist immer noch besser, als zu viel produzierten Strom zu Negativpreisen an unsere Nachbarn zu „verkaufen“ (damit uns das Netz nicht um die Ohren fliegt), um ihn dann, wenn wir ihn wieder brauchen, für teures Geld zurückzukaufen. Aber so weit sind wir noch nicht, dass wir „säulenübergreifend“ handeln.

Technologieoffenheit

Hier kommen wir jetzt zu einem weiteren hard core Thema. Wie bekommen wir etwas mehr Wettbewerb und damit Marktwirtschaft in die Energiewende? Bestimmt nicht, wenn wir festlegen, wieviel Prozent von jeder Energieart in Zukunft genehmigt werden soll. Aber genau das war ursprünglich beabsichtigt.

Wir sollten nämlich beginnend ab 2017 technologiespezifische Ausbaukorridore und Ausschreibungsverfahren bekommen. Letzteres deutet ja zumindest eine Prise Marktwirtschaft an. Im Rahmen einer „negativen“ Auktion soll derjenige den Zuschlag bekommen, der für seine Anlage die niedrigste Subvention braucht. Aber wieso muss das ganze eigentlich **technologiespezifisch** ausgeschrieben werden?

- Computer brauchten keine technologiespezifischen Ausbaukorridore. Vakuumröhren wurden Ende der 50er auch nicht subventioniert, damit jeder einen Rechner in seinen Keller stellen konnte. So groß waren die Dinger nämlich damals.

- Wenn die Entwicklung von Handys im Ausschreibungsverfahren gemacht worden wäre, telefonierten wir heute noch im C-Netz. Wir erinnern uns an die schwarzen Klötze. *Schwer wie ein Brikett, schwarz wie ein Brikett und dumm wie ein Brikett.*
- Wer sagt uns, wie wir in 100 Jahren unseren Energiebedarf decken werden? Wenn einer vor 100 Jahren vorausgesagt hätte, dass wir eines Tages mit jedem Menschen zu jeder Zeit, gleichgültig von welchem Ort der Erde hätten kommunizieren können – schnurlos! – der wäre für verrückt erklärt und eingesperrt worden.

Der MIT Vorschlag lautet: Technologieoffen ausschreiben! Und jetzt halten Sie sich fest. Auch das ist in Karlsruhe auf dem Parteitag der CDU ebenfalls beschlossen worden. Ich zitiere:

- **„Darüber hinaus soll die Festlegung auf technologiespezifische Ausbaukorridore für die ab 2017 vorgesehenen Ausschreibungsverfahren im Bereich erneuerbarer Energie wegfallen. Die Ausschreibungen müssen technologieoffen erfolgen.“**

Lassen wir doch dem Erfindungsreichtum unserer Ingenieure freien Lauf. Vielleicht erfindet doch einer das energetische I-Phone oder macht die Kernfusion, die die Sonne uns seit Milliarden Jahren vormacht, endlich reproduzierbar. Wohlgermerkt, das hat nichts mit Kernspaltung zu tun, von der wir uns verabschiedet haben – leider auch von der diesbezüglichen Forschung und Entwicklung. Die anderen um uns herum forschen nämlich weiter. Aber das ist ein anderes Thema.

Der Wärmemarkt – ein „schlafender Riese“

Der Begriff „schlafender Riese“ wurde Anfang dieses Jahrhunderts im Institut für Wärme und Öltechnik (IWO) in Hamburg geprägt. Er wurde inzwischen vom Bundeswirtschaftsminister hoffähig gemacht. Das IWO hatte sich das Programm **Energieeffizienz und Ressourcenschonung** auf die Fahnen geschrieben, obwohl seine Mitglieder hauptsächlich davon leben, soviel Energie wie möglich zu verkaufen. Das genannte Motto war ebenso richtig wie weitsichtig und gilt heute mehr denn je. Denn wenn wir unsere selbstgesetzten Klimaziele auch nur einigermaßen erreichen wollen, dann geht das in erster Linie mit Effizienzmaßnahmen. Was wir erst gar nicht verbrennen, kann auch die Umwelt nicht belasten.

Das gilt zuvorderst im Wärmemarkt. 60 Prozent unseres gesamten Energiebedarfs geht für Wärme (Raumwärme und Prozesswärme) drauf. Wir könnten zum Beispiel im Ein- und Zweifamilienhausbereich leicht 30 Prozent unseres Wärmebedarfs durch Energieeffizienzmaßnahmen sparen. Brennwerttechnik im Keller, Doppelverglasung der Fenster und Dämmung des Dachs und der Geschossdecken – solche einfachen energetischen Sanierungsmaßnahmen nehmen im Jahr nur 1 Prozent aller Hauseigentümer vor. Diese Quote muss um 100 Prozent, also auf zwei Prozent, erhöht werden.

Wie kann man hier einen Anreiz setzen? Ganz einfach: Mit steuerlicher Förderung. Natürlich ist das auch eine Art Subvention im weitesten Sinne, die die reine Lehre der Marktwirtschaft verletzt. Aber irgendwie müssen wir das Kind doch ans Laufen bekommen. Und Steuern sparen ist immer nach der beste „Anstupser“. Der Steuerspartrieb ist – erst recht bei der Zielgruppe der Ein- und Zweifamilienhausbesitzer- stärker ausgeprägt als der Fortpflanzungstrieb.

Der MIT Vorschlag lautet:

- **Den alten § 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV) wieder in Kraft setzen!**

Der § 82a EStDV galt bis 1991. Ich habe nie verstanden, warum diese Vorschrift damals außer Kraft gesetzt wurde. Man konnte nach dieser Regelung 10 Prozent der Investitionssumme für energetische Sanierungen über 10 Jahre vom zu versteuernden Einkommen absetzen! Das Verführerische ist, dass man diese Verordnung durch einen ministeriellen Federstrich wieder in Kraft setzen könnte. Da es sich nicht um ein Gesetz sondern nur eine Verordnung handelt, brauchte sie noch nicht mal durch den Bundestag zu laufen.

Mobilität

Kommen wir abschließend noch zu einem Teilbereich des Themas Mobilität, der E-mobility, also der Elektromobilität! Nach bester Fünf-Jahres-Plan-Manier haben wir uns das Ziel gesetzt: **Eine Million Elektroautos bis 2020!** Wir lagen bis Ende Oktober 2015 bei etwa 42.000 Zulassungen. Nur 0,6 Prozent aller Neuzulassungen in Deutschland sind Elektroautos. Woran liegt das?

150 km Reichweite und 9 Stunden Ladezeit! So ein Produkt wollen die Kunden nicht. Hier liegen die Worte E-mobility und immobilty eng beieinander. Wir hören, dass BMW an Ladestationen mit 8 bis 9 **Minuten** Ladezeit arbeitet. Das ist etwa die Zeit, die man heute an einer herkömmlichen Tankstelle aufwendet, um weiterzukommen. Aber – diese Ladestationen sind nicht wirtschaftlich, solange sie nicht in großen Stückzahlen hergestellt werden können. Und große Stückzahlen braucht man nicht für so wenige Elektroautos. Henne/Ei oder Katze/Schwanz – suchen sie sich ihr Lieblingsbild aus!

Voriges Jahr war ich in Norwegen. In der zweitgrößten Stadt Bergen fiel mir eine überdurchschnittliche Anzahl von Elektroautos auf. Etwa ein Drittel aller Neuzulassungen sind Elektroautos. Auf Nachfrage hörten wir vom Reiseführer Erstaunliches: Man muss in Norwegen nur die Anschaffung des E-Mobils bezahlen. Es fallen keine Steuern an, bekommt freien Strom und darf überall umsonst parken! Ich habe gelesen, dass die Städte und Gemeinden in Deutschland inzwischen auch ermächtigt sind, entsprechende Satzungen zu erlassen. Ich habe jedoch noch von keiner Gemeinde gehört, die davon Gebrauch gemacht hat.

Zum Schluss:

Hals über Kopf und völlig überstürzt sind wir 2011 aus der Kernenergie ausgestiegen. Das erinnert an einen alten französischen Spielfilm, in dem der tragische Held sich am Ende vom 30. Stockwerk eines Hochhauses stürzte und an jedem fünften Stockwerk, an dem er vorbeikam, sagte:

- ***“Jusqu’ici tout va bien.” (Bis jetzt ist alles gut gegangen).***

Der Kölner ginge da noch einen Schritt weiter und sagt: ***„Et hätt noch emmer joot jejange!“***

Was lernen wir aus der Geschichte?

Fliegen können wir schon. Wir müssen jetzt nur noch an der Landung arbeiten, und zwar schleunigst. Aber wie sagt unsere Kanzlerin neuerdings immer:

- ***„Wir schaffen das!“***